

Zukunftspakt Bühnen NRW: Theater und Orchester brauchen verlässliche Finanzierung

Landesverband Mitte fordert Neuauflage des Theaterpakts NRW – Land und Kommunen müssen gemeinsam langfristige Perspektiven für die einzigartige Theater- und Orchesterlandschaft schaffen

Düsseldorf. Der Landesverband Mitte des Deutschen Bühnenvereins fordert einen „Zukunftspakt Bühnen NRW“ als Neuauflage und Weiterentwicklung des Theaterpakts NRW. Angesichts steigender Personal-, Sach- und Energiekosten, angespannter kommunaler Haushalte und erheblicher Sanierungs- und Investitionsbedarfe braucht die öffentlich getragene Theater- und Orchesterlandschaft Nordrhein-Westfalens wieder eine verlässliche, mehrjährige Finanzierungsperspektive von Land und Kommunen.

Der Zukunftspakt Bühnen NRW soll insbesondere:

- **Land und Kommunen verbindlich in die gemeinsame Verantwortung nehmen** und den Häusern mehrjährige Planungssicherheit geben,
- **Tarif- und allgemeine Kostensteigerungen verlässlich berücksichtigen**, damit steigende Etats nicht allein steigende gebundene Kosten auffangen,
- **eine belastbare Perspektive für Investitionen in Gebäude und Technik schaffen** und
- **den Theatern und Orchestern ermöglichen, ihren künstlerischen und gesellschaftlichen Auftrag** dauerhaft zu erfüllen.

Der Landesverband knüpft damit an den „**Zukunftspakt Bühne**“ des Deutschen Bühnenvereins auf Bundesebene an, der mehrjährige Vereinbarungen zwischen Theatern und Orchestern und ihren Rechtsträgern empfiehlt. Für Nordrhein-Westfalen muss ein solcher Zukunftspakt aus Sicht des Landesverbands um die Verantwortung des Landes ergänzt werden.

„Die kommunale Finanzlage lässt vielerorts kaum noch Spielraum, steigende Kosten der Theater und Orchester dauerhaft aufzufangen. Entscheidend ist deshalb nicht, ob ein Etat auf dem Papier wächst, sondern was nach den gebundenen Kosten tatsächlich für Programm, Personal und Entwicklung übrig bleibt. **Theater und Orchester brauchen wieder eine verlässliche, langfristige Perspektive – diese müssen die Kommunen gemeinsam mit dem Land schaffen und dauerhaft absichern**“, sagt Apostolos Tsalastras, Erster Beigeordneter und



Stadtkämmerer der Stadt Oberhausen sowie Vorsitz der Landesverbände Mitte des Deutschen Bühnenvereins.

Finanzielle Engpässe wirken sich auf Programm und gesellschaftlichen Auftrag aus

Die Rückmeldungen aus den Mitgliedshäusern des Landesverbands zeigen: Der finanzielle Druck ist längst im laufenden Betrieb angekommen. Stellen bleiben unbesetzt, Produktionsbudgets werden reduziert und Investitionen verschoben. Besonders gefährdet sind Angebote, die sich nicht allein über Eintrittserlöse finanzieren können – etwa Kinder- und Jugendangebote, Theater- und Musikvermittlung, kulturelle Bildung, Bürgerbühnen und andere niedrigschwellige Formate für die Stadtgesellschaft. Im Folgenden drei Beispiele:

Bei der **Nordwestdeutschen Philharmonie** besteht nach Angaben des Hauses trotz ungewöhnlich hoher Auslastung im Spielbetrieb eine strukturelle Unterdeckung von rund 300.000 Euro, im Wesentlichen aufgrund der fehlenden Dynamisierung des Landeszuschusses. Bereits heute sind vier Musikerstellen weniger besetzt als erforderlich wären und auch die Verwaltung arbeitet unter der Planstellenstärke. Gleichzeitig gehören gerade die nicht kostendeckenden Schul-, Jugend- und Familienkonzerte sowie Education und Musikvermittlung zu den Angeboten, deren Zukunft bei weiterem Finanzdruck gefährdet ist.

Am **Theater Oberhausen** treffen kommunaler Konsolidierungsdruck und steigende Kosten unmittelbar auf den gesellschaftlichen Auftrag des Hauses. Weitere Einschnitte bedrohen insbesondere Angebote, die das Theater für unterschiedliche Gruppen der Stadtgesellschaft öffnen – darunter *Open Haus*- und inklusive Angebote sowie Formate des gesellschaftlichen und demokratischen Dialogs.

Beim **Westfälischen Landestheater** haben die finanziellen Engpässe bereits zu Stellenabbau, Angebotsreduzierungen und der Streichung künstlerisch ambitionierter Produktionen geführt. Bei einer weiteren Verschärfung drohen nach Angaben des Hauses Einschnitte bis hin zur teilweisen Einstellung des Kinder- und Jugendtheaters und der Theatervermittlung sowie die Aufgabe von Kooperationen mit mehr als 30 Schulen und Kitas. Damit könnte für rund 45.000 Kinder und Jugendliche insbesondere im ländlichen Raum ein wichtiger Zugang zu kultureller Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe wegbrechen.

„Wenn die finanziellen Spielräume schrumpfen, geht es nicht einfach um eine Produktion weniger. Es verändert sich, welche Menschen wir erreichen können, welche Themen auf unseren Bühnen sichtbar werden und welche künstlerischen Risiken wir noch eingehen können. Gerade in gesellschaftlich angespannten Zeiten dürfen öffentlich getragene Theater ihre Funktion als offene Orte der Begegnung, Auseinandersetzung und Kunstfreiheit nicht verlieren“, sagt **Katharina Kreuzhage**, Geschäftsführende Intendantin des Theaters Paderborn und Vorstandsmitglied des Landesverbands Mitte.



Zukunftspakt statt kurzfristiger Einzelmaßnahmen

Das Land Nordrhein-Westfalen hat die kommunalen Theater und Orchester in der Vergangenheit vertrauensvoll, großzügig und kontinuierlich mit unterstützt – im Rahmen des sogenannten Theaterpakt NRW. Der Landesverband fordert nach dessen Auslaufen, daraus wieder eine langfristig verlässliche gemeinsame Finanzierungsperspektive von Land und Kommunen zu entwickeln. Der **Zukunftspakt Bühnen NRW** soll den Häusern Planungssicherheit geben und zugleich Raum dafür schaffen, notwendige Veränderungen gemeinsam mit ihren Trägern zu gestalten.

„Nordrhein-Westfalen verfügt über eine außergewöhnlich dichte Theater- und Orchesterlandschaft. Ihr Erhalt ist eine gemeinsame öffentliche Aufgabe von Kommunen und Land. Dafür braucht es nicht nur kurzfristige Hilfen, sondern verlässliche Finanzierungsbedingungen, die den mehrjährigen Planungshorizonten der Einrichtungen entsprechen und zugleich ihre künstlerische Unabhängigkeit sichern“, sagt **Lorenz Deutsch**, Vorsitzender des Kulturrats NRW.

Der Landesverband Mitte hatte in den vergangenen Wochen seine nordrhein-westfälischen Mitgliedshäuser nach ihrer aktuellen finanziellen Situation gefragt. **29 Antwort- und Teilantwortkomplexe** geben ein breites Bild der Situation vor Ort. Die Rückmeldungen zeigen trotz unterschiedlicher Ausgangslagen ein gemeinsames Problem: Steigende Gesamtbudgets bedeuten vielfach keinen wachsenden Gestaltungsspielraum, weil Tarif-, Energie-, Sach- und Gebäudekosten zusätzliche Mittel binden.

Pressekontakt

Philipp Krechlak

Referent

Landesverband Mitte des Deutschen Bühnenvereins

M/ 0172 6721 450

E/ krechlak@landesverbandmitte.de